

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion

Hans Theo Klug

in der Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, dem 15.12.2008

(Freigabe: Montag, 15.12.2008, Beginn der Rede)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Einbringung, Beratung und Verabschiedung des Haushaltes 2009 werden wohl an exponierter Stelle in den Annalen unserer Stadt stehen, haben wir doch in den vergangenen Wochen nahezu Unvorstellbares erlebt: **Der** Bürgermeister hielt die wohl längste Einbringungsrede, die je ein Verwaltungschef in dieser Stadt gehalten hat, die allumfassend, zukunftsorientiert und zielgenau war.

Dementsprechend erfolgte die Beratung des eingebrachten Haushaltes in der Rekordzeit von einer nachmittäglichen Hauptausschusssitzung. Bedeutung und Wertigkeit der vom Bürgermeister aufgezeigten Leitlinien werden nochmals eindrucksvoll dadurch belegt, dass SPD, bvb und Grüne nur drei Anträge zum Haushalt stellten, und zwar in einer Größenordnung von 84.900 €. Das entspricht mit Bezug auf die Gesamtaufwendungen im Ergebnisplan in Höhe von 99.500.000 € einem vernachlässigbaren Anteil von 0,085%, oder anders ausgedrückt: 99,915% des Etatentwurfs haben die kritische Prüfung der Fraktionen mit Bravour bestanden.

Meine Damen und Herren, trotz mancher Wünsche, die in den fraktionsinternen Beratungen durchaus mit Vehemenz vorgetragen wurden, die allerdings nicht als kostenneutral zu bezeichnen waren, hat die CDU-Fraktion keine weiteren Anträge zum Haushalt gestellt, da zum einen Ausgabendisziplin nach wie vor ein Gebot der Stunde ist, sie - und ich glaube, dies auch im Sinne des Koalitionspartners sagen zu können - zum anderen ihre zentralen Positionen und Zielsetzungen im Haushaltsentwurf berücksichtigt sieht.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf die Anträge von SPD, Grünen und bvb, denen wir schon im Hauptausschuss nicht zugestimmt haben, kurz eingehen:

- Bei der Kulturförderung hat die SPD beantragt, die Vereinszuschüsse beim Ansatz von 2008 zu belassen, d.h. den Ansatz 2009 um 9.900 € zu erhöhen. Diesen Antrag, dem wir in finanziell besser gestellten Haushaltszeiten durchaus hätten zustimmen können, haben wir nicht aus irgendwelchen ideologischen Gründen oder gar aus einer etwaigen Antihaltung der SPD gegenüber abgelehnt, sondern aus rein sachlichen, haushalterischen und Gerechtigkeits-Erwägungen. Zum einen haben wir uns am realen Ergebnis des Jahres 2007 orientiert, zum anderen ist zu berücksichtigen, dass alle Politik-Bereiche, nicht nur die Kultur, ihre Beiträge für (die) Einsparungen leisten mussten. Unser Abstimmungsverhalten in dieser Frage ist daher geprägt vom Ansatz der Gleichbehandlung und der Gerechtigkeit gegenüber allen Vereinen.
- Bei den Sozialen Einrichtungen haben die Grünen eine Erhöhung des Ansatzes von 11.600 € um 10.000 € auf 21.600 € zwecks Unterstützung der katholischen Ehe- und Familienberatung beantragt. Trotz unserer sicherlich hohen Affinität zu dieser Einrichtung und bei aller Wertschätzung für die bisher geleistete Arbeit haben wir uns nicht zur Zustimmung entschlossen, da wir auch in diesem Falle das Gerechtigkeitsprinzip verletzt hätten. In der Vergangenheit haben wir in diesem Bereich Zuschüsse für eine Reihe von Einrichtungen, die ebenfalls hochwertige Arbeit leisten, Kürzungen und sogar Streichungen vorgenommen. Wir würden nun mit der entgegengesetzten Verhaltensweise wieder Ansprüche wecken, die wir zur Zeit und in den vor uns liegenden Jahren nicht erfüllen können. Es sei zudem darauf verwiesen, dass wir gemeinsam mit der Stadt Wesseling auf diesen Feldern Beratung anbieten und gerade erst vor wenigen Wochen eine neue Anlaufstelle mit entsprechendem Beratungsangebot in der Gartenstraße eröffnet haben.
- Zur Verfügung des Pflasters wollte die bvb-Fraktion zusätzlich 65.000 € bereitstellen und verwies auf Einsparungen bei Versicherungsprämien. Hier sind wir der Meinung, dass nicht alles, was eingespart werden kann, wieder den Ausgaben zugeführt werden sollte, zumal wir unser abschließendes Ziel, den strukturellen Defizit noch nicht erreicht haben. Wir haben dem Probelauf der Ausfugung zugestimmt und sehen das Ergebnis des Tests ebenso

positiv wie die bvb-Fraktion, doch glauben wir, sukzessive nach Bedarf vorgehen zu können, ohne zusätzliche Mittel bereit stellen zu müssen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Haushalt 2009 greift über diese Legislaturperiode hinaus und wirkt in die nächste. Er verbindet Vergangenheit und Zukunft. Beschlüsse, die wir gefasst haben und heute noch fassen, schließen Entwicklungen nicht ab, sondern setzen sie in Gang, haben das Fundament für künftige Entwicklungen geschaffen bzw. schaffen es für Künftiges.

Die innerstädtische Rahmenplanung kam aufgrund einer Initiative der CDU-Fraktion schon in der vorausgegangenen Legislaturperiode zustande. Der Prozess begann mit einer eigenen großen öffentlichen Veranstaltung. Giesler-Galerie und Franziskanerhof sowie die derzeit laufende Überplanung der Ost-West-Achse und die Maßnahmen zur Stärkung des Balthasar-Neuman-Platzes sind Ergebnisse dieser Initiative.

Bewusst nenne ich an dieser Stelle die Giesler-Galerie. Im Vorfeld der Errichtung wurden verkehrliche Katastrophenszenarien an die Wand gemalt, die sich zwischenzeitlich in Wohlgefallen aufgelöst haben. Eine Anti-Giesler-Galerie-Kampagne bestimmte sogar den Wahlkampf 2004, Gott sei Dank im Ergebnis erfolglos. Warum greife ich diesen Punkt auf? Meine Damen und Herren, an diesem Beispiel kann eine grundlegende Eigenschaft des Bürgermeisters, der CDU-Fraktion und ihres Koalitionspartners deutlich gemacht werden: Sachorientierung und Stehvermögen in stürmischen Zeiten sind Garantien für eine zukunftsorientierte Entwicklung auf solidem Fundament. Der nach kurzfristigem Erfolg heischende Populismus bringt hingegen keine nachhaltigen Ergebnisse.

Sachorientierung und Stehvermögen hat die Koalition Gott sei Dank auch schon bei der Ansiedlung der EUFH bewiesen, als mit teilweise sogar lächerlichen Argumenten in hoch publikumswirksamen Bürgerfragestunden versucht wurde, den Initiatoren Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Heute ist die EUFH eine nicht mehr aus der Stadt wegzudenkende Institution und ein wertvoller Standortfaktor, insbesondere nachdem sie jüngst ohne jede einschränkende Bedingung oder Auflage für 10 Jahre die Akkreditierung beim Wissenschaftsrat erhalten hat. Die EUFH ist erst die dritte Hochschule in NRW, die diese höchste Qualitätsauszeichnung erhalten hat. Herzlichen Glückwunsch EUFH und herzlichen Dank all denen, die nicht eingeknickt sind, sondern damals sach- und zukunftsorientiert entschieden haben.

Meine Damen und Herren, unsere Kunst- und Musikschule leistet dauerhaft Beiträge zur Kostendämpfung und effizienten Nutzung der Ressourcen und glänzt dennoch mit hoher Qualität und zahlreichen Erfolgen.

Die städtischen Personalkosten konnten trotz der durch Kibiz und Feuerwehrbedarfsplan notwendig gewordenen zusätzlichen Einstellungen stabil gehalten werden, weil es gelungen ist, sozialverträglich ca. 50 Stellen netto einzusparen. Heute werden wir die abschließenden Beschlüsse zur Übertragung des Betriebshofes an die Stadtwerke und die Rückübertragung des Abwasserwerkes fassen. Auch damit leisten wir einen in die Zukunft reichenden Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung des städtischen Haushaltes, ohne dass der Konzern Stadt Brühl eine zusätzliche Belastung oder Leistungseinbuße erfährt.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, warum ist dies so möglich gewesen? Die Antwort ist einfach, auch wenn manch einer in diesem Hause sie nicht gerne hört und nicht hören will. Ausgangspunkt war das auf Initiative der CDU/FDP-Koalition entstandene Gutachten von Krups-Consultant. Ohne den Spiegel dieses Gutachten, wären ein Umdenken im Umgang mit Ressourcen, Vorschläge zur Effizienzsteigerung und die Öffnung für neue Ideen nicht erfolgt.

Es war nicht leicht, dem öffentlichen Druck und Zorn, der sich u.a. in Demonstrationen beträchtlicher Größenordnung entlud, standzuhalten. Wir haben standgehalten und sind nicht mit publikumswirksamen, aber orientierungslosem Populismus von der Fahne gegangen, sondern haben in harter Sacharbeit herausgefiltert, was im Interesse unserer Stadt und ihrer Menschen unter der Voraussetzung der Sozialverträglichkeit zwingend umgesetzt werden muss, was umgesetzt werden kann und was wünschenswert ist umzusetzen.

Mit schon gefassten und zum Teil schon umgesetzten Beschlüssen sind wir nachhaltig bei der Gestaltung der Zukunft, nicht nur der des kommenden Haushaltsjahres, sondern weit darüber hinaus. Das gilt ebenfalls für die Bebauungspläne, die die Nahversorgung in Badorf und die Entwicklung der

Fläche nördlich des Finanzamtes sichern. Mit Dank haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Bürgermeister bei der Aufstellung des Haushaltes dem Antrag der CDU-Fraktion auf Sanierung der Bleiche Rechnung getragen hat. Als zentraler Platz und Veranstaltungsort in der Innenstadt ist die Bleiche eine Visitenkarte der Stadt, die dringend der Auffrischung bedarf, um auch weiterhin dieser Funktion gerecht zu werden. Eine Stückelung und Verteilung dieser Arbeiten auf die nächsten Jahre halten wir für nicht sachgerecht und zudem im Ergebnis für teurer.

Möge die Entwicklung der Fläche nördlich des Finanzamtes ein Impuls für die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden der nördlichen Innenstadt sein, dem hervorragenden Beispiel der Interessen- und Standortgemeinschaft Balthasar-Neumann-Platz bald zu folgen. Mit der Ansiedlung des renommierten und weltweit operierenden Immobilienunternehmens Engels & Völker in der Kölnstraße ist jedenfalls eine weitere deutliche Aufwertung gelungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Schul- und Bildungsbereich hat dieser Rat Gewaltiges geleistet. 22 Mio. Euro wurden verbaut und 10 Mio. Euro wurden investiert, um unsere Schulen zukunftsfähig zu machen. Diese Zukunftsfähigkeit gilt es, dauerhaft zu pflegen, zu erhalten und zu entwickeln.

Dazu gehört als wesentliche Zukunftsaufgabe die Unterstützung von Projekten zur Stärkung des Ganztags und der pädagogischen Übermittagsbetreuung. Beispielhaft können hier Projekte wie „Jeki“ oder „Jedem Kind ein Mittagessen“ genannt werden. Bildung und Erziehung sind Grundlage einer gesunden sozialen Entwicklung des Individuums.

Dass Staat und Gesellschaft hier zunehmend Verantwortung übernehmen müssen, zeigt in erschreckender Weise der Anstieg der Ansätze bei den einschlägigen Haushaltsstellen für die Hilfen für junge Menschen und ihre Familien. Beispielhaft sei hier auf drei Positionen verwiesen:

- Das Sachkonto 53340 (Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen) weist bei einem Ergebnis 2007 in Höhe von 420.000 € für 2009 einen Ansatz von knapp einer halben Million Euro aus. Das entspricht einer Steigerung von ca. 19%. So müssen im Rahmen der Flexiblen Jugendhilfe für den Bereich der Hilfe zur Erziehung im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe für inzwischen 24 Fälle 190.000 € veranschlagt werden. Für die Hilfen zur Erziehung in Pflegefamilien müssen beispielsweise für 28 Fälle 245.000 € angesetzt werden.
- Das Sachkonto 53350 (Jugendhilfe an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen) weist bei einem Ergebnis 2007 in Höhe von 1,65 Mio. Euro einen Ansatz für 2009 in Höhe von 1,94 Mio. Euro aus; das entspricht einer Steigerung von ca. 17,5%. Unter dieses Sachkonto fallen u.a. die Kosten für die Unterbringung in Tagesgruppen, die Hilfen zur Erziehung Minderjähriger (44 Fälle mit einem Volumen von 1,6 Mio. Euro) und die Hilfen zur Erziehung junger Volljähriger (6 Fälle mit einem Ansatz von 172.000 €).
- Im Sachkonto 53391 sind zum Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes 370.000 € veranschlagt. Mit dieser Summe tritt die Stadt in Vorlage für Unterhaltspflichtige, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Mit Bezug auf die gerade genannten Zahlen und Fakten ist dem Bürgermeister und dem Kinderhaus Schumaneck Dank zu sagen. Das Kinderhaus Schumaneck übernimmt für das Jugendamt den Bereitschaftsdienst, der bislang durch die Hinterlegung der privaten Rufnummern der städtischen Mitarbeiter bei Feuerwehr und Polizei sichergestellt war. Die Auftragspräzisierung durch das reformierte Kinder- und Jugendhilfegesetz machte eine Neustrukturierung notwendig, zumal auch in unserer Stadt die Zahl der Meldung von vermuteter Kindeswohlgefährdung zunimmt. Mit der nun gefundenen Kooperationslösung ist eine unter allen Aspekten effiziente und am Kindeswohl orientierte Arbeitsstruktur gefunden worden.

In engem Zusammenhang mit der Förderung unserer Kinder und Jugendlichen steht auch der Sport. Aufgrund der Kooperation mit dem BTV beim Bau des neuen Sportzentrums und des öffentlich ausgeschriebenen PPP-Projektes zur vollständigen Sanierung und Unterhalt des Schlossparkstadions ist es uns gelungen eine Basis zu schaffen, die über mehrere Jahrzehnte tragen wird. Mit diesen beiden Maßnahmen erfährt die Sportförderung in unserer Stadt einen gewaltigen Schub. Schul- und Breitensport finden hochwertige Heimstätten. So kann der Sport seine gesundheitsfördernde und persönlichkeitsbildende Funktion unter entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllen.

Unter einem späteren Tagesordnungspunkt werden wir in dieser Ratssitzung einen weiteren Beschluss zum Erweiterungsbau der Erich-Kästner-Realschule fassen, einen Beschluss, der dem refor-

mierten EEG-Gesetz, das ab dem 01.01.2009 greift, Rechnung trägt. Wir setzen im Bereich der Heizung auf Wärmepumpentechnik und steigen damit in eine weitere Zukunftsaufgabe ein.

Die neuen gesetzlichen Verpflichtungen verlangen nach besonderer Berücksichtigung in allen Fragen der Stadtplanung, insbesondere aber beim Erstellen und Überplanen von Bebauungsplänen, gilt es doch, dem energetischen Bauen Priorität einzuräumen. Bei neuen Planungen bedarf es einer frühzeitigen Abstimmung zwischen Planungsamt und unserem Vollversorger, den Stadtwerken Brühl, den zum einen veränderten Anschlussstrukturen Rechnung zu tragen und zum anderen die Potentiale der Stadtwerke zu nutzen, um der Energieversorgung gemäß den neuen gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden. Beispielhaft sei hier das schon existierende, aber noch nicht ausgelastete BKHW in Brühl-Ost erwähnt.

Die geplante Angebotserweiterung solcher Bauplätze, an denen das energetische Bauen in besonderer Weise betont wird, bedeutet sicherlich Attraktivität für bauwillige junge Familien. Damit sind wir bei einem weiteren Bereich, der in den nächsten Jahren einer intensiven Bearbeitung bedarf, nämlich der demographischen Entwicklung in unserer Stadt. Es gilt, stadtplanerisch ausgewogene Konzepte zu entwickeln, die zum einen der allgemeinen demographischen Entwicklung Rechnung tragen, zum anderen auch einen Beitrag leisten, den Bestand zu sichern oder ein moderates Wachstum zu fördern.

Die Infrastruktur für junge Familien mit Kindern ist, wie oben schon ausgeführt, gut und attraktiv. Ebenso gibt es in unserer Stadt zahlreiche Angebote für die ältere Generation. Jede Stadtplanung muss aber eine noch tragfähigere Verbindung von junger und älterer Generation beachten. So müssen aus Sicht der CDU-Fraktion Planungen Ansätze und Möglichkeiten zum Mehrgenerationenwohnen berücksichtigen.

Größte Bedeutung messen wir dem Projekt „Soziale Stadt“ in Vochem bei. Hier gilt es, in der nahen Zukunft die Kräfte zu konzentrieren und zu hoffen, dass unserer Stadt für dieses Vorhaben Förderung gewährt wird. Es gilt, durch eine Vielzahl intelligenter und auch mutiger Maßnahmen verkrustete Strukturen aufzubrechen, neue Strukturen zu schaffen und Integration zu fördern, aber auch zu fordern. Wesentliche Bedeutung kommt aus Sicht meiner Fraktion den Rahmenbedingungen des jeweiligen Siedlungsortes und einem sozialverträglichen Wohnungsbau zu. Preisgünstiger sozialverträglicher Wohnungsbau heißt heute nicht mehr möglichst billig zu realisierender Geschosswohnungsbau. Sozialverträglicher Wohnungsbau kann sich am aufgelockerten Ein- oder kleinerem Mehrfamilienhauscharakter orientieren. Für die Förderung von Integration, Bildung und Erziehung wie für eine effektive soziale Kontrolle und nachbarschaftliches Zusammenleben ist eine solche Siedlungsstruktur förderlicher als Geschosswohnungsbau auf engstem Raum.

Meine Damen und Herren, angesichts der Voraussetzungen, die für die künftige Arbeit schon geschaffen sind, schaut die CDU-Fraktion trotz aller gegenwärtigen Krisenstimmung mit Optimismus in die Zukunft. Wir sind bereit und gerüstet, die vor uns liegenden Aufgaben anzupacken, und zwar wie in der Vergangenheit in engem Schulterschluss mit dem Bürgermeister, den wir als Spitzenkandidat im kommenden Wahlkampf wieder nach Kräften unterstützen werden.

Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich namens meiner Fraktion für die geleistete Arbeit. Zum Schluss meiner letzten Haushaltsrede hatte ich der Hoffnung Ausdruck verliehen, die heutige Haushaltsrede zu einem Zeitpunkt halten zu können, dass ich den Dank an die Verwaltung mit den Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr verbinden kann. Ich bin froh und dankbar, dass ich Ihnen allen heute diese Wünsche mit auf den Weg geben kann. Den Ratsmitgliedern in allen Fraktionen danke ich für die sachlichen Beratungen und die faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Es gilt das gesprochene Wort.